

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegraphen-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Verantwortlicher: Schneeberg 51. Im J. 25. Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanns- georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 25. Freitag, 31. Januar 1896. 49. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg
Sonnabend, den 8. Februar 1896
von Nachmittags 3 Uhr an
im VerhandlungsSaale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.
Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag in der Hausflur des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.
Schwarzenberg, am 29. Januar 1896

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fehr. v. Wirsing.

Das Gelbchen der Firma R. L. Hoebel in Aue ist heute auf Fol. 241 des Handelsregisters für Kienstädtel, Aue und die Dorfschaften verlaubar worden.
Schneeberg, den 27. Januar 1896.

Königliches Amtsgericht.
Müller.

Erhöhere, sowie kleinere Capitalien kann z. B. unter den günstigsten Bedingungen abgeben
Die Sparkasse der Stadt Löbnitz.
Besuchen ist Besichtigung, Brandcasenversicherung und Folkenabschrift beizufügen.

Nutz- und Brennholz-Auction auf Pfannenstielerei Reviere.
An
Rathskeller in Aue

Dienstag, den 4. Februar 1896,
von Vormittags 11 Uhr an,
1662 Nadelholz-Stämme von 10-22 cm Mittendstärke,
59 " " " 23-37 " " " "
17 " " " 10-22 " " " "
24 " " " 23-43 " " " "
485 " " " 10-13 " " " " " " " " " " " "
von Nachmittags 3 Uhr an,
20 Nm. feht. Rundhölzer, 2 m lang,
2 " harte und 107 Nm. weiche Scheite und Rollen,
152 " weiches Kiefernholz,
33 " Schneiseisig,
100 Wellen harte und 200 Wellen weiches Kiefernholz
unter den üblichen Bedingungen versteigert werden.
Fürstlich Schönburgische Forstverwaltung Pfannenstiel.

Zur Lage in Spanien.

Die gubernementalen Mäxistranten weisen darauf hin, daß General Weyler bei seiner Ankunft auf Kuba eine bessere Lage vorfand, als sie in dem Augenblick gewesen, da ihm das Oberkommando überiragen worden. Die Insurgenten haben die Provinz Matanzas wieder erobert, das scheint festzustehen. In den Drahtberichten aus Havana wird aber seit dem Abgange des Marschalls Martinéz Campos auch regelmäßig berichtet, daß letzter insiduous sich nicht gegen die Provinz Matanzas erhebt, sondern sich gegen die Provinz Pinar del Rio erhebt. Die Insurgenten haben die Provinz Pinar del Rio erobert, das scheint festzustehen. In den Drahtberichten aus Havana wird aber seit dem Abgange des Marschalls Martinéz Campos auch regelmäßig berichtet, daß letzter insiduous sich nicht gegen die Provinz Matanzas erhebt, sondern sich gegen die Provinz Pinar del Rio erhebt. Die Insurgenten haben die Provinz Pinar del Rio erobert, das scheint festzustehen. In den Drahtberichten aus Havana wird aber seit dem Abgange des Marschalls Martinéz Campos auch regelmäßig berichtet, daß letzter insiduous sich nicht gegen die Provinz Matanzas erhebt, sondern sich gegen die Provinz Pinar del Rio erhebt.

aufzukühen und Neuwahlen auszuscheiden. Aber als der Ministerpräsident sich eben anschickte, nach Vortung des Baders seinen Plan zur Ausführung zu bringen, da traf die unheilvolle Nachricht aus der großen Antille ein. An eine Cortesab rufung war vorläufig nicht zu denken. Die Volkvertretung mußte zunächst die für den Februartag rößigen Kredite bewilligen. Als das erfolgt war, wurde die Schließung der Session dekretiert, da während des Kriegezustandes auf Kuba dort keine Wahlen vorgenommen werden konnten. Man glaubte auch damals, daß es dem Marschall Martinéz Campos in kurzer Zeit gelungen sein würde, den Aufstand niederzuwerfen.
Heute ist die Dauer des kubanischen Aufstandes unsehbar geworden und man besorgt, daß Herr Canovas wenig Lust verspürt, wegen der Schwierigkeiten, welche die Vornahme der Wahlen auf der Antille mit sich führen würde, noch auf lange hinaus mit der gegenwärtigen Kammerarbeit weiter zu wirken. Eben so wenig ist aber auch Sagasta geneigt, in diesem Augenblick die Fortführung der konserverativen Regierung anzutreten und für die Fortführung der politischen Geschäfte selbst die Verantwortung zu übernehmen. Die Aufhebung der Cortes bildet zur Zeit den Gegenstand selbstständiger Erörterungen in der spanischen Presse. Die konserverativen Mäxistranten bezeichnen diesen Entschluß als unvermeidlich. Die oppositionellen Gruppen drohen mit vollständiger Abstinenz, falls Herr Canovas Neuwahlen vorsehen wollte. Nichts Bisheriges kann man für die Mehrheit derjenigen Regierung gestützt, die die Wahlen vornimmt. Sagasta erklärt in seinem Organ „La Iberia“, daß seine Partei nur das Wohl des Vaterlandes im Auge haben und der Regierung in der Bekämpfung der kubanischen Insurrektion beizuhelfen auf Seite stehen wolle. In diesem Zweck werden wir alles bewilligen, was die Regierung von uns verlangt. Ich verlange die Uebernahme der Leitung der Geschäfte keineswegs, denn dies hat unter den jetzigen Umständen kein größeres Verlangen; die Aufhebung der Cortes würde jedoch ein so gefährlicher, so wichtiger Schritt, daß, wenn ihn Canovas thun sollte, ich keinen Anstand nehmen würde, sofort das Regiment für mich zu übernehmen.
Im Laufe der nächsten Woche wird der Marschall Martinéz Campos wieder in Madrid eintreffen und jedenfalls nach dieser oder jener Richtung hin Einfluß auf den Gang der Dinge nehmen. Herr Canovas del Castillo verhält sich vorerst noch zurückhaltend; er erklärte im letzten Ministerrat, er werde die Kammer „im geeigneten Moment“ einberufen.

einige Elemente, welche die Heiligkeit des Wahlgeheimnisses durchbrechen wollten, man möge ein Spiel machen, welches man wolle. Auch bei Durchführung der Reichstagswahlen werden Beeinträchtigungen stattfinden, namentlich Vorkämpfer bei Abgabe der Jettel häufig vorkommen. Herr Bismarck habe im Jahre 1866 im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen, daß stets offene Jettel abgegeben werden sollen. Sollte man alle Uebelstände beseitigen, so sollte man die geheimen Stimmabgabe abschaffen.
Abg. Bloß (Soz.) weist auf die Bestrebungen, welche das Wahlrecht in Sachen ändern wollten, um die Sozialdemokraten aus dem Lande zu entfernen, hin. Vorkämpfer, wie sie Herr v. Stamm erwiderte, können bei jeder Wahl vor und hinter sich herum bewahren. Die Herren von rechts würden gewiß gern das jetzige Wahlrecht beseitigen, namentlich die geheime Abstimmung, wenn die geringste Aussicht dazu vorhanden wäre. Wenn das Haus sich für die Abänderungsanträge erklärte, so erklärte es sich damit indirekt für Erhaltung des gegenwärtigen Wahlrechts. Deshalb stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag.
Abg. Förster (antiq.) will das Wahlrecht, welches man einmal habe, in jeder Weise schützen. Deshalb wolle seine Partei für den Antrag stimmen, obwohl sie im Einzelnen Abänderungen wünsche.
Abg. Veit (freif. Sp.) meint, der Antrag wäre so oft erörtert, daß er vollkommen spruchreif erscheine. Man müsse endlich eine absolute Sicherung des Wahlgeheimnisses haben.
Abg. v. Wolzlegler erklärt, daß auch die Partei für den Antrag eintreten würde, damit die Wahlfreiheit auch der politischen Bevölkerung gewährleistet werde. Gerade diese hätte vielen Grund zu Klagen.
Abg. Groeber (Z.) hält eine Kommissionsberatung ebenfalls für absichtlich, die Frage sei in früheren Sessions hinlänglich geklärt. Ganz einzig werde man über alle Vorkämpfer zur Sicherung des Geheimnisses nicht werden, da man sich schon darüber im Reichstag nicht einig konnte, da man sich jettel weiß oder klug sein. Eine allgemeine Wahl ohne geheime Wahl sei undurchführbar, sie entspreche der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Steuerpflicht.
Nachdem sich noch für den Antrag Abg. Vndewald (Reformp.) gedankt hat, welcher im Gegensatz zu seinem Parteigenossen Dr. Förster die Kommissionsberatung verwirft, verweist Abg. Dr. Schulant (Soz.) auf den Versuch der konserverativen und national-liberalen Partei in Sachen hin, dort das Dreiklassenwahlrecht einzuführen und zwar mit Unterstützung der sächsischen Regierung.
Präsident Freiherr v. Duol bittet den Redner, zur Sache zu kommen.
Abg. Dr. Schulant (Soz.) schließt, daß der Reichstag allen Grund habe, Angriffe auf das Wahlrecht abzuwehren.
Sächsischer Bevollmächtigter Graf von Scharnhorst fährt aus: Der Herr Präsident hat bereits gesagt, daß die Angelegenheit der Abänderung des sächsischen Wahlrechts hier nicht hergehört. Sollte das sächsische Wahlrecht aber geändert werden, so ist lediglich die Partei des Vorredners daran schuld. (Nach dem Umst.) Man hat das sächsische Wahlrecht in der sächsischen Kammer angegriffen — die Partei des Vorredners nämlich —, weiter ist darüber nichts zu sagen. (Beifall rechts.) Graf zu Limburg-Sturum (konf.) konstatiert, daß die Partei des Abg. Vndewald in Verhörung und Beeinträchtigung seiner Partei, auch der am weitesten links stehenden durchaus nicht nachhände. Eine Reform des Reichstagswahlgesetzes nur nach einer Seite vorzugehen, sagt Redner, ist nicht nach eichtig. Das, was jetzt vorgeschlagen ist, ist un-

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die gestrige (26.) Sitzung des Reichstags eröffnete der Präsident Fehr. v. Duol um 1 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Richter, Barth, betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses. Abg. Richter (ref.) weist zur Begründung auf die Annahme des Antrages durch den Reichstag in der vorigen Session hin.
Abg. Wassermaan erklärt, daß die Nationalliberalen für den Antrag eintreten werden, da die Reichstagsmitglieder der Sicherheit der geheimen Wahlen beständen.
Abg. Dr. Schäbler (Z.) erklärt, das Zentrum werde dem Antrag mit Entschiedenheit zustimmen. Schon Abg. Wimbolff habe die Gründe dargelegt, welche für die Notwendigkeit einer strengeren Bewahrung des Wahlgeheimnisses sprächen.
Abg. Fehr. v. Stamm (Sp.) bemerkt, es gäbe immer

